UA 29.10.15 / TOP 1.4

Bekanntgabe im Umweltausschuss am 29.10.2015

Städtischer Grundbesitz – Verpachtung durch das Liegenschaftsamt zur landwirtschaftlichen Nutzung

Sachstand:

In der Sitzung des Umweltausschusses am 23.07.2015 hat Herr Stadtrat Wasner nachgefragt, ob bei den durch die Stadt verpachteten Flächen, auf denen Maisanbau stattfindet, vertraglich vorgegeben werden könne, dass 2 – 3 % der Fläche als Grünstreifen angelegt werden. Dazu wird Folgendes mitgeteilt:

Bei der Stadt Amberg werden landwirtschaftliche Grundstücke bevorratet, um bei Grunderwerbsverhandlungen für die Ausweisung von Bau- oder Gewerbegebieten, für Straßen- oder Kanalbaumaßnahmen usw. Tauschflächen anbieten zu können. Diese landwirtschaftlichen Flächen werden grundsätzlich von Jahr zu Jahr verpachtet, mit einem sofortigen Kündigungsrecht für die Stadt Amberg im Falle eines Verkaufs oder wenn die Stadt diese Flächen selbst für eigene Zwecke oder für einen Dritten benötigt.

Um in den Genuss von Fördermaßnahmen wie das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) – zuständig hierfür ist das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) – oder das Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) – zuständig hierfür ist die Untere Naturschutzbehörde – zu kommen, ist eine Mindestlaufzeit von 5 Jahren erforderlich.

Eine vertraglich festgesetzte Auflage für den Pächter, KULAP oder VNP abzuschließen, schließt die Förderung durch das AELF oder die Untere Naturschutzbehörde aus. Um auf Fördermöglichkeiten hinzuweisen, wird in den künftig abzuschließenden Pachtverträgen das Liegenschaftsamt folgenden Punkt mit aufnehmen:

„Die Stadt Amberg weist darauf hin, dass die Förderung zahlreicher Agrarumweltmaßnahmen (VNP/KULAP) möglich ist. Gerne wird bei der VNP Förderung die Untere Naturschutzbehörde die Beratung übernehmen und beim KULAP das AELF. Die Maßnahmen können im Internet unter <http://www.stmelf.bayern.de/agrapolitik/foerderung/001007/> nachgelesen werden, welche Bewirtschaftungsformen und -arten es gibt.“

Eine im Pachtvertrag festgelegte flächenmäßige Reduzierung der Bewirtschaftungsflächen durch Anlegung von Grünstreifen, Heckenstrukturen o. ä. - ohne dass hier durch den Pächter Fördergelder abgerufen werden können - führt zur Minderung von Pachteinahmen. Es besteht auch die Gefahr, dass sich durch solche Maßnahmen auch die Qualität der potenziellen Tauschflächen verringert, da Teile des Grundstücks nicht voll umfänglich landwirtschaftlich genutzt werden können.